

VON LULAS GNADEN

DILMA ROUSSEFF WIRD ERSTE PRÄSIDENTIN BRASILIENS

Jasper Eitze

Lulas Plan ist aufgegangen: Am 31. Oktober 2010 wurde seine Kandidatin, die 62-jährige Dilma Rousseff (*Partido dos Trabalhadores, PT*), im zweiten Wahlgang mit 56 Prozent der Stimmen als erste Frau in der Geschichte Brasiliens zur Präsidentin gewählt. Lula selbst war die erneute Kandidatur nach zwei aufeinander folgenden Amtszeiten durch die brasilianische Verfassung verwehrt geblieben.

Kaum jemand dürfte bestreiten: Rousseffs Sieg gehört Lula. Von vielen Beobachtern wird die neue Präsidentin gar als Lulas Platzhalterin bis zu dessen möglicher Rückkehr in vier Jahren betrachtet. Ausdrücklich war Rousseff dazu angetreten, Lulas politisches Erbe zu verwalten und vor allem in den Bereichen Sozialpolitik und staatliche Investitionen für Kontinuität zu sorgen.

Lula und seine Sozialpolitik – das war der zentrale Referenzpunkt im Wahlkampf 2010, dem auch der Präsidentschaftskandidat der bürgerlichen Opposition, José Serra (*Partido do Movimento Democrático Brasileiro, PSDB*), nicht ausweichen konnte. Am Ende verlor Serra mit 44 Prozent der Stimmen klar die Stichwahl gegen Rousseff. Trotz einer guten Ausgangsposition zu Beginn des Wahljahres und einer keineswegs übermächtigen Regierungskandidatin gelang es Serra nicht, dem Wähler eine überzeugende Alternative zu Lulas Politik der vergangenen acht Jahre zu präsentieren.

Aus den Kongresswahlen, die gleichzeitig stattgefunden hatten, ging das Regierungslager ebenfalls als Sieger hervor. Weder im Senat noch im Abgeordnetenhaus fanden grundlegende Machtverschiebungen statt. Bei den nicht



Jasper Eitze ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rio de Janeiro.

minder wichtigen Gouverneurswahlen in allen Bundesstaaten Brasiliens konnte die Opposition hingegen ihren Einfluss ausbauen und ihre Machtverluste andernorts ausgleichen. Ein „Durchregieren“ der PT und ihrer Verbündeten auf allen Ebenen ist daher nicht zu erwarten – wohl aber, dass während der nächsten vier Jahre nicht immer klar sein dürfte, wer im fünftgrößten Land der Erde letzten Endes das Sagen hat. Schon am Wahlabend bekräftigte Lula, dass er „nicht einfach von einer Stunde zur nächsten verschwinden“ könne, sondern seiner „Genossin Dilma“ beizustehen gedenke.

NACH DIESEN REGELN WURDE GEWÄHLT

Alle vier Jahre im Herbst läuft in Brasilien ein regelrechter Wahlmarathon: Das brasilianische Volk ist verpflichtet, in – falls notwendig – zwei Wahlgängen die wichtigsten politischen Ämter neu zu besetzen. Ihre Volksvertreter wählen die Brasilianer in einem Mischsystem aus Mehrheits- und personalisiertem Verhältniswahlrecht. Ersteres wird bei den Präsidentschafts-, Gouverneurs-, Senats- sowie Bürgermeisterwahlen angewandt, letzteres bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung, zu den Landes- sowie den Kommunalparlamenten. Das brasilianische Mehrheitswahlrecht sieht eine Stichwahl der beiden bestplatzierten Kandidaten des ersten Wahlgangs vor, wenn keiner von ihnen die absolute Mehrheit erreichen konnte. Ausnahmen bilden die Senatswahlen und die Bürgermeisterwahlen in Städten mit weniger als 200.000 Einwohnern: Dort genügt zum Sieg eine relative Mehrheit im ersten Wahlgang. Die Wahlen auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene finden zeitgleich alle vier Jahre statt, die Kommunalwahlen jeweils dazwischen, zur Halbzeit der anderen Legislaturen.

Alle vier Jahre im Herbst läuft in Brasilien ein regelrechter Wahlmarathon. Das brasilianische Volk ist verpflichtet, die wichtigsten politischen Ämter neu zu besetzen.

In Brasilien besteht für Personen zwischen 18 und 70 Jahren Wahlpflicht. Wahlrecht ohne Pflicht besitzen 16- bis 18-Jährige sowie Bürger über 70 Jahren und Analphabeten. Eine Befreiung von der Wahlpflicht ist nur in bestimmten Fällen möglich und erfordert eine Rechtfertigung. Das Bußgeld bei unbegründetem Fernbleiben ist abhängig von der jeweiligen Region und der materiellen Situation der

betroffenen Person, beträgt in der Regel aber umgerechnet nur wenige Euro. Wer unbegründet nicht wählen geht und die entsprechende Strafe nicht zahlt, kann weder ein öffentliches Gehalt noch einen staatlichen Kredit erhalten und auch keinen Ausweis oder Reisepass beantragen.

Seit dem Jahr 2000 erfolgt die Stimmabgabe über eine elektronische Wahlurne, in die der Wähler die jeweilige Nummer eines Kandidaten oder dessen Partei eingibt. Dieses Verfahren ist akzeptiert, bisher gab es keine erwähnenswerten Missbrauchs- oder Manipulationsvorwürfe. Das ist sicher auch ein Grund dafür, dass die Wahlen in Brasilien weitestgehend konfliktfrei verlaufen. Die elektronische Form der Stimmabgabe ermöglicht eine schnelle Auszählung: Bereits in der Nacht nach dem Wahltag liegt das Endergebnis vor, was angesichts der Größe des Landes und der Abgelegenheit vieler Gebiete durchaus bemerkenswert ist.

Die elektronische Form der Stimmabgabe ermöglicht eine schnelle Auszählung: Bereits in der Nacht nach dem Wahltag liegt das Endergebnis vor.

Für die Stimmabgabe muss sich der Wähler die Nummern seiner Kandidaten merken oder notieren. Sie sind zwei bis fünf Stellen lang, wobei die ersten beiden Ziffern auf die Parteizugehörigkeit eines Kandidaten verweisen. Weitere Optionen sind die Abgabe einer „weißen“ Stimme (Enthaltung) oder einer ungültigen Stimme durch die Eingabe einer Nummer, die keinem Kandidaten zugeordnet werden kann. Die Nummer nimmt in der Wahlwerbung stets einen prominenten Platz neben groß dimensionierten Fotos der Kandidaten ein. Vergebens sucht man bisweilen hingegen den Namen oder das Logo der jeweiligen Partei. Viele Wähler wissen bei der Stimmabgabe nicht, welcher Partei der von ihnen favorisierte Kandidat angehört. Abbildung 1 zeigt die Rückseite eines Flugzettels, den ein Kandidat für das Landesparlament im Bundesstaat Rio de Janeiro im Rahmen seiner Kampagne verteilte. Neben seiner eigenen Nummer sind auch die Nummern der mit ihm verbündeten Kandidaten für das Präsidenten- und Gouverneursamt eingetragen. Offen sind hingegen in diesem Fall die Felder der Kandidaten für die Abgeordnetenkammer und den Senat.

Abb. 1

Wahlzettel bei den Wahlen 2010

Die Wahlkreise der Kandidaten umfassen bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer und zu den Landesparlamenten jeweils den gesamten Bundesstaat.

Die Dominanz der Kandidaten über die Parteien wird gefördert durch das so genannte personalisierte Verhältniswahlrecht, das bei der Mandatsverteilung für die Abgeordnetenkammer sowie die Landes- und Kommunalparlamente Anwendung findet. Die Wahlkreise der Kandidaten umfassen bei den Wahlen zur Abgeordnetenkammer und zu den Landesparlamenten jeweils den gesamten Bundesstaat. Im Falle des Bundesstaates São Paulo bedeutet dies beispielsweise, dass jeder einzelne Kandidat in einem Gebiet auf Stimmenfang gehen muss, das 40 Millionen Einwohner hat und der Größe Großbritanniens mit Nordirland entspricht. Aufgrund der offenen Parteilisten muss sich ein Kandidat dabei nicht nur gegen die Konkurrenten anderer Parteien behaupten, sondern letztlich auch gegen die Kandidaten seiner eigenen Partei. Diese wird dadurch als Institution geschwächt, da die gewählten Kandidaten ihren Sieg ganz für sich persönlich verbuchen. Was die Repräsentativität der Abgeordneten betrifft, so stellt sich diese je nach Bundesstaat sehr unterschiedlich dar: Beispielsweise kommt im Bundesstaat São Paulo auf knapp 600.000 Einwohner nur ein Abgeordneter. Im Falle Roraimas hingegen, dem bevölkerungsärmsten Bundesstaat, repräsentiert ein Abgeordneter 50.000 Einwohner.

Bedeutung kommt den Parteien hingegen bei der Berechnung der Sitzverteilung zu. Hierzu wird zunächst die Anzahl aller gültigen Stimmen eines Wahlkreises durch die Gesamtzahl der für diesen Wahlkreis zu vergebenen Mandate dividiert. Durch den daraus resultierenden Wahlquotienten wird dann die Summe der (Kandidaten-) Stimmen einer Partei geteilt. Das Ergebnis dieser Rechnung entspricht der Sitzanzahl, die einer Partei oder Wahlallianz zusteht. Hierzu ein Rechenbeispiel: 5.000.000 abgegebene gültige Stimmen, geteilt durch 50 zu vergebende Mandate, ergibt einen Wahlquotienten von 100.000. Eine Partei, auf deren Kandidaten insgesamt 300.000 Stimmen entfallen, würde demnach drei Mandate erhalten. Bei der anschließenden Vergabe dieser Mandate zählen dann die persönlich erhaltenen Stimmen der Kandidaten. Der Kandidat einer Partei bzw. Wahlallianz mit den meisten Stimmen erhält das erste Mandat, der zweitplatzierte das zweite und so weiter. Kleinere Parteien, die alleine den Wahlquotienten nicht erreichen würden, können sich auch durch Wahlallianzen Mandate sichern. Voraussetzung ist, dass sie mindestens einen Kandidaten aufstellen, der in der Lage ist, viele Stimmen auf sich zu vereinen, um bei der Mandatsverteilung innerhalb der Wahlallianz zum Zuge zu kommen.

Ein weiteres Kuriosum dieser Form der Mandatsverteilung ist die eventuelle, vom Wähler eher unbeabsichtigte Stimmenübertragung zwischen den Kandidaten. Dazu kommt es, wenn beispielsweise ein einzelner, sehr populärer Kandidat so viele Stimmen erhält, dass auf seine Partei mehrere Abgeordnetenmandate entfallen. Dann ziehen auch andere Kandidaten seiner Partei in die Abgeordnetenversammlung ein, auch wenn sie selbst deutlich weniger Stimmen erhalten haben als beispielsweise Kandidaten anderer Parteien oder Wahlallianzen. Es gehört daher zur Normalität, dass sich bekannte Persönlichkeiten aus dem Sport sowie dem Musik- und Showgeschäft von Parteien als Kandidaten aufstellen lassen – ein lukratives Geschäft für beide Seiten: Die Partei sichert sich zusätzliche Stimmen und Mandate und der siegreiche Kandidat genießt die in Brasilien üppigen finanziellen Vorteile eines Abgeordneten.

Es gehört zur Normalität, dass sich bekannte Persönlichkeiten aus dem Sport sowie dem Musik- und Showgeschäft von Parteien als Kandidaten aufstellen lassen – ein lukratives Geschäft für beide Seiten.

Dieser „Pragmatismus“ vieler Parteien bei der Vergabe von Mitgliedschaften und Kandidaturen wird regelmäßig kritisiert und als Beleg für die Reformbedürftigkeit des brasilianischen Wahlsystems und den Mangel an Ethik und Verantwortungsbewusstsein der Parteien angeführt.

Die Wahlen 2010 bildeten hierbei keine Ausnahme: Im Bundesstaat Rio de Janeiro z.B. kandidierten für die Demokratische Arbeitspartei (PDT) zwei Fußballweltmeister von 1994, Romário (Abgeordnetenversammlung) und Bebeto (Landesparlament). Für das größte Aufsehen sorgte jedoch der Humorist und Sänger Francisco Everardo Oliveira

Dank seiner Bekanntheit avancierte der Humorist Francisco Everardo Oliveira Silva zum am häufigsten gewählten Kandidaten 2010. Angesichts der Wahlpflicht ist sein Erfolg auch als Protestwahl zu werten.

Silva, genannt Tiririca, der im Bundesstaat São Paulo als Kandidat der Republikanischen Partei (PR) für die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung antrat. Dank seiner Bekanntheit und seines clownhaften Auftretens avancierte er mit 1,35 Millionen Stimmen zum am häufigsten gewählten Kandidaten 2010. Angesichts der bestehenden Wahlpflicht ist der Erfolg Tiriricas vor allem auch als Protestwahl zu werten. „Wähle Tiririca, schlimmer als jetzt wird es nicht werden“, lautete sein Motto. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Artikels stand noch nicht fest, ob Tiririca sein Amt als Abgeordneter tatsächlich würde antreten können. Es wird vermutet, dass er Analphabet ist und im Rahmen seiner Einschreibung als Kandidat falsche Angaben über seine Lese- und Schreibfähigkeiten gemacht hat. Wegen Betrugsverdachts muss er sich nun vor der Wahljustiz verantworten. Hinzu kommt, dass Tiririca als Analphabet nach brasilianischem Recht gar nicht hätte kandidieren dürfen.

KANDIDATIN ROUSSEFF: STARTHILFE DURCH STAATLICHE INVESTITIONSPROGRAMME

Nach seiner Wiederwahl 2006 hatte sich Lula schon früh Gedanken über die eigene Nachfolge und sein politisches Erbe gemacht. Lulas Plan bestand darin, die eigene Popularität auf einen von ihm persönlich ausgewählten Kandidaten zu übertragen. Die Wahl fiel auf seine Präsidentschaftsministerin Dilma Rousseff, die er gegen alle Widerstände in der eigenen Partei als Kandidatin durchsetzte. Allerdings fehlt Rousseff die Volksnähe und das Charisma ihres politischen Ziehvaters. Vielmehr gilt sie als kühl,

autoritär und launisch. Das Bewegendste an ihrer Person ist ihr Sieg gegen eine Krebserkrankung, die ein Jahr vor den Wahlen noch ihre Kandidatur gefährdet hatte, sowie ihre zweijährige Haft inklusive Folter, die sie wegen ihrer Untergrund-Aktivitäten in den siebziger Jahren während der Militärdiktatur verbüßen musste.

Erst 2001 kam Rousseff zur PT, und bis zu ihrer Präsidentschaftskandidatur 2010 hatte sie sich noch nie um ein politisches Amt beworben. Um Rousseffs größtes Manko, ihre fehlende Bekanntheit, zu überwinden, machte Lula sie zur „Mutter“ des Wachstumsbeschleunigungsprogramms (PAC) seiner Regierung. Mit diesem teils durch staatliche, teils durch private Unternehmen finanzierten Paket sollen insbesondere Entwicklungshemmnisse im Infrastrukturbereich beseitigt werden. Die erste Phase von PAC startete Anfang 2007 und sah bis zum Frühjahr 2010 Investitionen in Höhe von 503 Milliarden Real vor (ca. 220 Milliarden Euro).¹ Zu diesem Zeitpunkt waren aber gerade einmal etwas mehr als 60 Prozent der Gelder umgesetzt. Unabhängig davon kündigte Rousseff – nur zwei Tage bevor sie aufgrund ihrer Präsidentschaftskandidatur als Ministerin zurücktrat – noch die zweite Phase des Programms an (PAC 2). Im Zeitraum 2011 bis 2014 sollen gar 960 Milliarden Real (über 400 Milliarden Euro) investiert werden.²

Bis zu ihrer Präsidentschaftskandidatur 2010 hatte sich Rousseff noch nie um ein politisches Amt beworben. Um ihre fehlende Bekanntheit, zu überwinden, machte Lula sie zur „Mutter“ des Wachstumsbeschleunigungsprogramms.

Die Ankündigung rund ein halbes Jahr vor den Wahlen rief die Kritik hervor, bei PAC 2 handele es sich größtenteils um bereits bestehende Programme, die zwecks Wahlwerbung umdeklariert worden seien. Überhaupt war im Vorfeld des Wahlkampfes häufig nicht ganz klar, welchem Zweck die vielen Regierungsauftritte am Ende dienten. In einigen Fällen verhängte das Oberste Wahlgericht Geldstrafen gegen Lula wegen unerlaubten Wahlkampfes.

1 | Die angegebenen Werte sind der Internetseite des brasilianischen Präsidentschaftsministeriums entnommen: <http://casacivil.gov.br/pasta.2010-07-07.4625721238/caderno-de-lancamento-do-pac-2> [02.11.2010].

2 | Vgl. <http://www.odocumento.com.br/materia.php?id=327608> [02.11.2010].

Einen anderen wichtigen Grundstein für Rousseffs Wahlsieg hatte Lula schon vorher gelegt: Für große Teile der ärmeren Bevölkerung verbesserte sich die Lebensqualität dank der verschiedenen Sozialprogramme seiner Regierung. In diesem Zusammenhang ist vor allem die so genannte *Bolsa Família* zu nennen, eine an Schulbesuch und Gesundheitsvorsorge der Kinder geknüpfte Form der Sozialhilfe. Je nach Bedürftigkeit können die an dem Programm teil-

2010 umfasste die Bolsa Família, eine an Schulbesuch und Gesundheitsvorsorge der Kinder geknüpfte Form der Sozialhilfe der Regierung Lula, fast 13 Millionen Familien – ein immenses Wählerpotential.

nehmenden Familien eine monatliche Unterstützung zwischen 22 und 200 Real erhalten (neun bis 85 Euro). 2010 umfasste die *Bolsa Família* mit rund sechs Milliarden Euro fast 13 Millionen Familien – ein immenses Wählerpotential.³ Wie entscheidend dies für eine Wahl sein kann, hatte Lula als Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen 1994 selbst schmerzlich erfahren: Nachdem er die Umfragen lange Zeit angeführt hatte, wurde er letztlich bereits im ersten Wahlgang von Fernando Henrique Cardoso (PSDB) besiegt. Diesem war es als Finanzminister zuvor gelungen, mit dem *Plano Real* die Hyperinflation zu besiegen, wovon vor allem auch die Ärmere, der Großteil der brasilianischen Bevölkerung, profitierten. Sie dankten es Cardoso mit ihrer Stimme.

Brummende Wirtschaft, deutliche Reduzierung der Armut, Verringerung der sozialen Ungleichheit, Millionen neue Jobs – dies waren die schlagkräftigsten Argumente des Regierungslagers im Präsidentschaftswahlkampf. Lula wusste, dass die Mehrheit der Wähler, besonders der ärmeren und weniger gebildeten, nicht danach fragen würde, welchem politischen Lager letztendlich der Verdienst der wirtschaftlichen und sozialen Erfolge der letzten Jahre anzurechnen sei. Im Wahlkampf versprach Rousseff, Brasilien in ein Land der sozialen Mittelklasse umzuwandeln und in die Gruppe der am weitesten entwickelten Länder zu führen. Und Lula seinerseits erklärte: „Du, der du an mich glaubst, hab keine Zweifel, wähle Dilma.“

Angesichts der enormen Zustimmungswerte für die Regierung Lula wollte Serra nach Möglichkeit vermeiden, dass die Wahl, wie von Lula beabsichtigt, zu einer Art

3 | Die angegebenen Werte sind der Internetseite des brasilianischen Sozialministeriums entnommen: <http://mds.gov.br/bolsafamilia> [25.10.2010].

Plebiszit würde: „Lula (sozial) vs. Cardoso (neoliberal)“. Serra betonte, dass er die erfolgreiche Sozialpolitik Lulas fortzusetzen und auszuweiten gedenke. Unter dem Motto „Brasilien kann mehr“ wollte er außerdem einzelne Politikbereiche herausstellen, in denen die Regierung Lula wegen fehlender Strukturreformen wenig oder keine Fortschritte erzielen konnte, insbesondere Gesundheit, Bildung und Innere Sicherheit. Echte Kritik an Lula übte Serra lediglich mit Blick auf dessen Außenpolitik, die zu fragwürdigen Schulterschlüssen mit demokratiefeindlichen Regierungen führte, wie Iran, Kuba oder auch Venezuela. Serra versuchte, sich mit dem Verweis auf seine Erfahrung und Erfolge in früheren Ämtern als der bessere Lula-Nachfolger zu präsentieren. Unter anderem hatte er in der Regierung Cardoso (1994 bis 2002) als Gesundheitsminister die Einführung kostengünstiger Generika-Medikamente durchgesetzt.

Serra betonte, dass er die erfolgreiche Sozialpolitik Lulas fortzusetzen und auszuweiten gedenke. Echte Kritik an Lula übte Serra lediglich mit Blick auf fragwürdige Schulterschlüsse mit demokratiefeindlichen Regierungen.

REGIERUNGSDUO ÜBERROLLT OPPOSITIONSKANDIDATEN IM WAHLKAMPF

Als Serra Ende März 2010 von seinem Gouverneursamt in São Paulo zurücktrat, um für die PSDB als Präsidentschaftskandidat anzutreten, signalisierten ihm die Umfragewerte noch einen Vorsprung vor seiner Rivalin aus der PT. Damals bezweifelten noch die meisten Beobachter, dass es Lula gelingen könnte, seine Popularität auf Rousseff zu übertragen. Ein Irrtum, wie sich zeigen sollte.

Anfang Juli, zu Beginn des offiziellen dreimonatigen Wahlkampfes, befanden sich Rousseff und Serra noch in einer Pattsituation. Beide Kandidaten gingen mit Unterstützung von Wahlallianzen ins Rennen, was ihnen zusätzliche Wahlkampfstrukturen und kostenlose Sendezeiten in Rundfunk und Fernsehen garantierte.⁴ Nur einen Monat nach Beginn

4 | Serras Wahlallianz bestand aus sechs Parteien: PSDB, Demokraten (DEM), Partido Trabalhista Brasileiro (PTB), Partido Popular Socialista (PPS), Partido da Mobilização Nacional (PMN) und Partido Trabalhista do Brasil (PT do B). Rousseffs Allianz umfasste sogar zehn Parteien: PT, Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB), Partido Democrático Trabalhista (PDT), Partido Socialista Brasileiro (PSB), Partido da República (PR), Partido Comunista do Brasil (PC do B), Partido Republicano Brasileiro (PRB), Partido Trabalhista Nacional (PTN), Partido Social Cristão (PSC) und Partido Trabalhista Cristão (PTC).

des Wahlkampfes lag Rousseff bereits rund zehn Prozentpunkte vor ihrem Kontrahenten. Sein unerwartet schneller Rückfall in den Umfragen veranlasste Serra dazu, sich noch näher bei Lula zu positionieren: Mitte August schaltete die PSDB einen Wahlkampfspot, in dem neben Serra auch Lula gezeigt wurde. „Männer der Geschichte und erfahrene Anführer“ lautete der Kommentar zu den Bildern. Doch anstatt Serras Umfrageabsturz aufzuhalten, verursachte das Video vor allem Kritik: Das Regierungslager rief die Wahljustiz an wegen unerlaubter Verwendung des Bildmaterials und in Serras eigenen Reihen verstärkte sich der Unmut über die fehlende Distanz zu Lulas Politik.

Derweil vergrößerte sich Rousseffs Vorsprung weiter: Rund einen Monat vor dem ersten Wahlgang am 3. Oktober lag die PT-Kandidatin bereits bei rund 55 Prozent der gültigen Stimmen, während Serra mit nur noch 33 Prozent rechnen konnte. Offenbar gelang es Rousseff – mit Lulas Unterstützung – deutlich besser als Serra, insbesondere das so wichtige Medium Fernsehen zu nutzen. Zunehmend wurde die Möglichkeit eines Direktsiegs Rousseffs im ersten Wahlgang diskutiert. In Serras Lager machte sich Resignation breit, aber auch Wut über die fehlende Bereitschaft ihres Kandidaten, ein klareres oppositionelles Profil zu präsentieren.

Offenbar gelang es Rousseff – mit Lulas Unterstützung – deutlich besser als Serra, das so wichtige Medium Fernsehen zu nutzen.

ROUSSEFF IM ERSTEN ANLAUF AUSGEBREMST

Hoffnung keimte im Serra-Lager erst wieder auf, als die Presse Anfang September zwei Skandale in Rousseffs politischem Umfeld aufdeckte. Bei einem dieser Skandale ging es um Fälle von Korruption rund um Rousseffs Nachfolgerin im Präsidentschaftsministerium (*Casa Civil*), Erenice Guerra. Sie galt bis zu Rousseffs Kandidatur als deren rechte Hand. Um mögliche Schäden von seiner Kandidatin abzuwenden, reagierte Lula sofort: Bereits wenige Tage nach Bekanntwerden des Skandals trat Guerra zurück. Gleichzeitig versuchte Lula, den Fokus der öffentlichen Debatte umzulenken: Er warf den für die Aufdeckung des Skandals verantwortlichen Medien vor, wie „Oppositionsparteien“ zu agieren und das Recht auf Meinungsfreiheit zu missbrauchen: „Meinungsfreiheit

bedeutet nicht, dass man den ganzen Tag Dinge erfindet.“ Auf diese Attacke reagierten Journalisten, Politiker, Juristen und Intellektuelle mit Empörung und warfen ihrerseits dem Präsidenten autoritäre Züge vor.

Indes verkürzte sich – erstmals seit Jahresbeginn – der bis dahin komfortable Vorsprung der PT-Kandidatin. Serra selbst machte allerdings nicht allzu viele Anstalten, den *Casa-Civil*-Skandal für eine letzte Wahlkampfoffensive zu nutzen. Möglicherweise scheute er sich auch davor, weil die ihn unterstützenden Demokraten (DEM) weniger als ein Jahr zuvor selbst einen nicht minder großen Korruptionsskandal zu verzeichnen hatten. Solche Hemmungen kannte Marina Silva, die Präsidentschaftskandidatin der Grünen (*Partido Verde*, PV) und neben Rousseff und Serra einzige ernst zu nehmende Mitbewerberin, hingegen nicht. Ermutigt durch ihre jüngsten Zugewinne in den Umfragen, die sie nun deutlich über der Zehn-Prozent-Marke sahen, griff sie Rousseff immer schärfer an. Zusätzlich zum *Casa-Civil*-Skandal machte Marina Silva eine weitere Front auf: Als überzeugte Evangelikale attackierte sie die PT-Kandidatin wegen ihrer im Vorfeld des Wahlkampfes gemachten Äußerungen über eine mögliche Legalisierung der Abtreibung. Rousseff bemühte sich, die Angriffe abzuwehren: Gegenüber Vertretern der katholischen Kirche versicherte sie ihre ablehnende Haltung. Rousseff begann zu wackeln, doch die meisten Umfragen deuteten nach wie vor auf ihren Direktsieg im ersten Wahlgang hin.

Ermutigt durch ihre jüngsten Zugewinne in den Umfragen griff Marina Silva, die Präsidentschaftskandidatin der Grünen, Rousseff immer schärfer an.

Am Ende zeigten Marina Silvas Attacken jedoch Wirkung. Auf der Zielgeraden vor dem ersten Wahlgang bremste sie die sich bereits als Präsidentin wahnende Rousseff noch einmal aus. Zur Überraschung aller verfehlte die PT-Kandidatin mit 46,91 Prozent deutlich die für eine Direktwahl notwendige absolute Mehrheit. Mit diesem Ergebnis lag Rousseff gut acht Prozentpunkte unter den nicht einmal eine Woche alten Umfragewerten. Serra schnitt mit 32,61 Prozent zwei bis drei Prozentpunkte besser ab als vorhergesehen. Die eigentliche Siegerin am 3. Oktober hieß allerdings Marina Silva. Auf sie entfielen 19,33 Prozent und damit drei bis vier Punkte mehr als zuletzt erwartet.

Mit ihrem beeindruckenden Wahlergebnis dominierte die Außenseiterin in den Tagen nach dem ersten Wahlgang die Wahlberichtserstattung der nationalen und internationalen Presse.

Nicht einmal zwei Jahre zuvor hatte Marina Silva noch als PT-Mitglied und Umweltministerin unter Lula versucht, ihre Agenda zum Schutz des Regenwaldes gegen die Entwicklungspläne anderer Ministerien zu behaupten. Trotz einiger

Marina Silva fand mit ihren vorwiegend umweltpolitischen Themen besonders bei der gehobenen städtischen Mittelschicht auf Zuspruch. In einigen urbanen Zentren lag sie im ersten Wahlgang sogar vorn.

Erfolge, wie der Reduzierung der Abholzung im Amazonasgebiet um 60 Prozent zwischen 2004 und 2007, vermisste sie in der Regierung Lula die notwendige Unterstützung. Im Mai 2008 trat sie von ihrem Amt zurück.

Ein Jahr darauf wechselte sie zur PV, die sie als Präsidentschaftskandidatin aufstellte. Bei den Wahlen 2010 stieß Marina Silva mit ihren vorwiegend umweltpolitischen Themen besonders bei der gehobenen städtischen Mittelschicht auf Zuspruch. In einigen urbanen Zentren lag sie im ersten Wahlgang sogar noch vor Rousseff und Serra, beispielsweise in Belo Horizonte oder im Bundesdistrikt Brasília.

DUELL VOR DER STICHWahl: VIEL WIRBEL MIT WENIG WIRKUNG

Nach dem ersten Wahlgang konnte sich Serra wieder Chancen für die Stichwahl am 31. Oktober ausrechnen. Die ersten Meinungsumfragen nach dem 3. Oktober zeigten, dass sich die Wähler von Marina Silva mehrheitlich dem PSDB-Kandidaten zuwandten. Rousseffs Vorsprung gegenüber Serra betrug nur sechs bis acht Prozentpunkte. Mit Spannung wurde nun erwartet, ob die PV nach dem Ausscheiden ihrer Kandidatin eine Wahlempfehlung aussprechen würde. Mit dem Verweis auf mangelnde programmatische Gemeinsamkeiten mit den beiden Lagern erklärte sich die Partei jedoch offiziell neutral. Indes dürfte eher die Uneinigkeit innerhalb der PV ausschlaggebend für diese Entscheidung gewesen sein. Denn über eine echte Programmatik, vergleichbar derjenigen der Grünen in Deutschland, verfügt die Partei nicht. Nach der offiziellen Neutralitätserklärung zeigte sich, dass einzelne Spitzenpolitiker der PV entsprechend ihrer regionalen Wahlallianzen schließlich doch noch einen der beiden Kandidaten unterstützten.

Im neu einsetzenden Wahlkampf bemühten sich Rousseff und Serra nun um Marina Silvas Wähler. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich auf die beiden bevölkerungsreichen Bundesstaaten Rio de Janeiro (16 Millionen) und Minas Gerais (21 Millionen) im Südosten Brasiliens, wo die Grünen-Kandidatin besonders gut abgeschnitten hatte. Eine stärkere inhaltliche Verlagerung des Wahlkampfes in Richtung umweltpolitischer Themen trat angesichts der Neutralitätserklärung der PV jedoch nicht ein. Stattdessen versuchte Serra, den Rückenwind aus dem ersten Wahlgang zu nutzen, indem er die ethisch-religiöse Debatte um die Themen Abtreibung und Korruption in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes stellte. Rousseff war allerdings darauf gefasst, wodurch die bizarre Situation entstand, dass beide Kandidaten plötzlich betont fromm auftraten. „Serra ist einer der Guten“ lautete das neue Wahlkampfmotto des PSDB-Kandidaten. „Du kennst mich, du weißt, dass ich meine Meinung nicht am Vorabend der Wahl ändere“, so Serra in Anspielung auf Rousseffs wechselnde Haltung in der Abtreibungsfrage. Die Regierungskandidatin versuchte indes, die Debatte wieder auf den Gegensatz „sozial vs. neoliberal“ zu lenken, indem sie Serra vorwarf, den Ausverkauf staatlicher Unternehmen zu beabsichtigen. Durch immer neue gegenseitige Anschuldigungen und Dementis entwickelte sich eine Dynamik, die das Niveau des an inhaltlichen Debatten ohnehin bereits abgeflachten Wahlkampfes weiter sinken ließ. Auch die mittlerweile fast vier Monate lange Dauer der Auseinandersetzung forderte ihren Tribut: Die menschlichen und finanziellen Ressourcen waren weitgehend erschöpft.

Serra versuchte, den Rückenwind aus dem ersten Wahlgang zu nutzen, indem er die ethisch-religiöse Debatte um die Themen Abtreibung und Korruption in den Mittelpunkt seines Wahlkampfes stellte.

Ungeachtet aller Polemik entwickelten sich die Umfragen mit dem Näherrücken der Stichwahl stetig zu Gunsten der PT-Kandidatin. So schnell, wie der *Casa-Civil*-Skandal und die Abtreibungsdebatte das Meinungsklima um den ersten Wahlgang herum beeinflusst hatten, so wenig nachhaltig war am Ende ihre Wirkung. Die Behauptung schien sich zu bewahrheiten, dass die meisten Wähler in Brasilien, was Skandale betrifft, wenig nachtragend oder durch unzählige Vorfälle abgestumpft sind. Daran konnte auch ein Kommentar des Papstes nichts mehr ändern, der sich wenige Tage vor der Stichwahl noch einmal mit dem Aufruf

an die brasilianischen Bischöfe wandte, dass diese auch bei politisch heiklen Themen die Pflicht hätten, den Gläubigen Orientierung zu geben, wenn es dabei um grundsätzliche Fragen wie die der Abtreibung ginge. Zuvor war die brasilianische katholische Kirche vom Regierungslager scharf kritisiert worden, weil einige Bischöfe öffentlich dazu aufgefordert hatten, Rousseff wegen ihrer Haltung zur Abtreibung die Stimme zu verweigern. Dennoch: Am Ende lag Rousseff in den Umfragen rund 13 Prozentpunkte vor ihrem Kontrahenten. Anders als im ersten Wahlgang, bestätigten sich diese Prognosen in der Stichwahl.

DIE PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IM DETAIL

Das Ergebnis der Präsidentschaftswahl zeigt eine deutliche geografische Teilung des Landes: Im reicheren Süden lag Serra mit 54 Prozent der Stimmen deutlich vor Rousseff, und auch in anderen Regionen konnte er sich im Vergleich zum ersten Wahlgang steigern. Die PT-Kandidatin dominierte jedoch ganz klar in weiten Teilen des Nordens und vor allem im Nordosten des Landes, wo sie rund 70 Prozent der Stimmen auf sich vereinte. In dieser Region profitieren besonders viele Menschen von den Sozialprogrammen der Regierung. Hinzu kommt, dass Lula selbst aus dem Nordosten stammt und dort über besonders hohe Zustimmungswerte verfügt. Mitentscheidend für Rousseffs Wahlsieg war sicherlich auch, dass sie sich in den Bundes-

Mitentscheidend für Rousseffs Wahlsieg war, dass sie sich in den Bundesstaaten Minas Gerais und Rio de Janeiro durchsetzen konnte.

staaten Minas Gerais und Rio de Janeiro durchsetzen konnte. In letzterem hatte sie die volle Unterstützung des wieder gewählten Gouverneurs, Sérgio Cabral (PMDB). In Minas Gerais hingegen siegte sie, obwohl sich der Bundesstaat eigentlich fest in PSDB-Hand befindet. Allerdings war der bisherige Gouverneur und neu gewählte Senator dieses Bundesstaates, Aécio Neves, lange Zeit Serras parteiinterner Rivale um die Präsidentschaftskandidatur. Serra hatte sich am Ende nicht gerade im Einvernehmen gegen Neves durchgesetzt, sondern vor allem mit Hilfe des Parteizirkels im Bundesstaat São Paulo, der in der PSDB eine dominierende Rolle spielt. Die Unterstützung für Serra fiel in Minas Gerais daher eher bescheiden aus und steigerte sich erst nach dem ersten Wahlgang, was aber für eine Änderung der Tendenz zu spät war.

Betrachtet man die Wähler nach einzelnen Gruppen, dann zeigt sich, dass Rousseff bei der männlichen Wählerschaft vorne lag, während Frauen mehrheitlich Serra ihre Stimme gaben. Beim Blick auf den Bildungsgrad hatte Serra bei Wählern mit Universitätsabschluss die Nase vorn, ansonsten dominierte Rousseff. Berücksichtigt man das Einkommen, dann verfügte Serra nur bei den höheren Einkommen über eine Mehrheit. Die unteren Einkommenschichten, bei Weitem die Mehrheit in der Bevölkerung, waren klar in Rousseffs Hand.

Tabelle 1

Wahlbeteiligung

	1. Wahlgang 03.10.2010	Anteil in %	2. Wahlgang 31.10.2010	Anteil in %
Wahlberechtigte	135.804.043	100,00	135.804.433	100,00
Abgegebene Stimmen	111.193.747	81,88	106.606.214	78,5
Nichtwähler	24.610.296	18,12	29.197.152	21,5

Quelle: Internetseite des brasilianischen Obersten Wahlgerichts,
<http://divulgacao.tse.gov.br> [02.11.10].

Tabelle 2

Gültige Stimmen

	1. Wahlgang 03.10.2010	Anteil in %	2. Wahlgang 31.10.2010	Anteil in %
Abgegebene Stimmen	111.193.747	100,00	106.606.214	100,00
Stimmen für Kandidaten	101.590.153	91,36	99.463.917	93,3
„Weiße“ Stimmen ⁵	3.479.340	3,13	2.452.597	2,3
Ungültige Stimmen ⁵	6.124.254	5,51	4.689.428	4,4

Quelle: Internetseite des brasilianischen Obersten Wahlgerichts,
<http://divulgacao.tse.gov.br> [02.11.10].

5 | „Weiße“ und ungültige Stimmen werden bei der Berechnung des Wahlergebnisses nicht berücksichtigt.

Tabelle 3

Ergebnis der Präsidentschaftswahlen

Kandidat	Erhaltene Stimmen		Anteil an gültigen Stimmen in %	
	1. Wahlgang 03.10.2010	2. Wahlgang 31.10.2010	1. Wahlgang 03.10.2010	2. Wahlgang 31.10.2010
gesamt	101.590.153	99.463.917	100,00	100,00
Dilma Rousseff (PT)	47.651.434	55.752.529	46,91	56,05
José Serra (PSDB)	33.132.283	43.711.388	32,61	43,95
Marina Silva (PV)	19.636.359	—	19,33	—
Andere	1.170.077	—	1,15	—

Quelle: Internetseite des brasilianischen Obersten Wahlgerichts, <http://divulgacao.tse.gov.br> [02.11.10].

DIE KONGRESS- UND GOUVERNEURSWAHLEN: GEMISCHTE GEFÜHLE BEI DER OPPOSITION

Am 3. Oktober fanden neben dem ersten Durchgang der Präsidentschaftswahlen auch die Wahlen für den Kongress sowie die Gouverneursposten und Landesparlamente der

Im Abgeordnetenhaus bleibt die Sitzverteilung etwa gleich. Das Regierungslager legte leicht zu und wird ab 2011 über ca. zwei Drittel der Sitze verfügen.

27 Bundesstaaten statt. Im Abgeordnetenhaus bleibt die Sitzverteilung zwischen Regierungs- und Oppositionslager in etwa gleich. Das Regierungslager legte leicht zu und wird ab 2011 über ca. zwei Drittel der Sitze verfügen. Die beiden wichtigsten Regierungsparteien um die neue Präsidentin Dilma Rousseff, PT und PMDB, gewannen mit deutlichem Abstand die meisten Mandate, wobei die PT mit 89 Sitzen die PMDB (79) als stärkste Fraktion in der Abgeordnetenkammer ablöste. Die PMDB erreichte im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren zehn Mandate weniger.

Die Oppositionsparteien mussten hingegen größere Verluste hinnehmen. Die PSDB erreichte 13 Mandate weniger als vor vier Jahren, wobei sie den Großteil ihrer Verluste bereits zu Beginn der letzten Legislaturperiode durch den Wechsel von Abgeordneten zu anderen Fraktionen hinnehmen musste. Gleiches gilt für die DEM, die zweitgrößte Oppositionspartei. Vor den Wahlen 2010 verfügte sie aufgrund zahlreicher Austritte noch über 56 der ursprünglich 65 bei den Wahlen 2006 gewonnenen Mandate. Am 3. Oktober kam sie dann nur noch auf 43 Mandate und ist damit die

Partei mit den größten Verlusten, wenn sie auch geringer ausfielen als zunächst befürchtet. Kompensieren konnte die DEM ihre Verluste bei den Kongresswahlen durch den Gewinn zweier Gouverneursposten. 2006 hatte sie nur den Bundesdistrikt gewinnen können. Ihr dortiger Gouverneur hatte allerdings schon 2009 nach einem großen Korruptionsskandal sein Amt niederlegen müssen.

Als klarer Gewinner der Wahlen 2010 ist die PSB einzu-stufen. In der Abgeordnetenversammlung verbesserte sie sich von 27 auf 36 Sitze und unterstrich damit ihr hervorragendes Ergebnis bei den Gouverneurswahlen, wo sie sich in insgesamt sechs Bundesstaaten, vor allem im Nordosten des Landes, den Sieg sichern konnte. Die PV profitierte nicht sonderlich von der „grünen Welle“ um ihre Präsidentschaftskandidatin Marina Silva. Die Partei konnte ihre Mandate im Abgeordnetenhaus lediglich von 13 auf 15 ausbauen und bewegt sich damit zahlenmäßig im unteren Mittelfeld.

Bei den Senatswahlen fielen die Gewinne und Verluste bei den wichtigsten Fraktionen deutlicher aus als bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung. Die PMDB konnte sich als größte Fraktion behaupten und ihre Sitze von 17 auf 21 weiter ausbauen. Damit verfügt sie über ungefähr ein Viertel aller Senatssitze. Diese Dominanz verdankt die Partei vor allem ihrer Stärke in den kleineren Bundesstaaten des Nordens und Nordostens, die trotz ihrer geringen Bevölkerungszahlen über ebenso viele Senatssitze verfügen wie die bevölkerungsreichen Bundesstaaten des

Südens und Südostens Brasiliens. Auch die PT konnte sich von acht auf 14 Sitze verbessern und damit die PSDB als zweitstärkste Senatsfraktion ablösen. Die Fraktionen von PSDB und DEM schrumpften von 16 auf zehn bzw. von 13 auf sechs Sitze. Rousseff dürfte es dadurch im Senat zukünftig leichter haben als Lula während seiner beiden Amtszeiten. Sie kann – zumindest theoretisch – mit der Unterstützung von rund zwei Dritteln der Senatoren rechnen. Dennoch wird die neue Präsidentin zur Durchsetzung ihrer Politik die Mehrheiten in Senat und Abgeordnetenhaus aufgrund der unzähligen Partikularinteressen wohl immer wieder neu aushandeln müssen.

Rousseff dürfte es im Senat zukünftig leichter haben als Lula während seiner beiden Amtszeiten. Sie kann – zumindest theoretisch – mit der Unterstützung von rund zwei Dritteln der Senatoren rechnen.

Eine leichte Veränderung der Sitzverteilung im Kongress könnte sich nachträglich ergeben, da Brasiliens Oberstes Gericht zum Zeitpunkt der Fertigstellung des vorliegenden Artikels noch nicht abschließend über die Rechtmäßigkeit des Wahlsiegs einiger Kandidaten für Abgeordnetenkammer und Senat entschieden hatte. Hintergrund ist das erst wenige Monate vor den Wahlen in Kraft getretene, auf einer Bürgerinitiative beruhende Gesetz der *Ficha Limpa* (Saubere Karteikarte), das den Entzug der Kandidatur bei einer bestehenden gerichtlichen Verurteilung vorsieht. Von Beginn an war umstritten, ob die Anwendung des Gesetzes bereits bei den Wahlen 2010 verfassungskonform sei. Die angeklagten Kandidaten traten daher trotzdem an und wurden zum Teil auch gewählt. Ihre Stimmen könnten nun nachträglich annulliert werden.

Bei den Gouverneurswahlen fuhr die Opposition überraschenderweise ein gutes Ergebnis ein. Ihre anderen Verluste kann sie damit teilweise ausgleichen. Hervorzuheben sind vor allem die Siege in fast allen der bevölkerungs- und wirtschaftsstarke Bundesstaaten des Südens und Südostens Brasiliens. Die PSDB wird ab 2011 die Partei mit den meisten Gouverneursposten sein und die PMDB in dieser Position ablösen. Die Gouverneure haben im politischen System Brasiliens ein großes Gewicht. An ihnen vorbei zu regieren wird für die neue Präsidentin nicht möglich sein. Die Opposition kann dadurch nicht nur Rousseffs Machtfülle begrenzen, sondern verfügt mit Blick auf die kommenden Wahlen auch über starke Machtbasen in den verschiedenen Regionen des Landes.

Die Gouverneure haben im politischen System Brasiliens ein großes Gewicht. An ihnen vorbei zu regieren wird für die neue Präsidentin nicht möglich sein.

Tabelle 4

Das Ergebnis der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung

Partei	Wahlen 2010 Gewonnene Mandate	Anzahl Sitze vor den Wahlen 2010	Wahlen 2006 Gewonnene Mandate
gesamt	513	513	513
PT	88	79	83
PMDB	79	90	89
PSDB	53	58	66
DEM (PFL)	43	56	65
PP	41	40	41
PR (PL/PRONA)	41	43	25
PSB	34	27	27
PDT	28	23	24
PTB (mit PAN)	21	21	23
PSC	17	16	9
PC do B	15	12	13
PV	15	14	13
PPS	12	15	22
PRB	8	7	1
PMN	4	3	3
PSOL	3	3	3
PT do B	3	1	1
PHS	2	3	2
PRTB	2	—	—
PRP	2	—	—
PSL	1	—	—
PTC	1	2	3

Quellen: <http://eleicoes.uol.com.br/2010/raio-x/2/deputado-federal/composicao-do-congresso>, <http://www2.camara.gov.br/deputados/liderancas-e-bancadas> [02.11.10].

Tabelle 5

Das Ergebnis der Senatswahlen⁶

Partei	Wahlen 2010 Gewonnene Sitze	Wahlen 2006 Gewonnene Sitze	Sitzverteilung 2010	Sitzverteilung ab 2011
gesamt	54	27	81	81
PMDB	16	4	17	20
PT	11	2	8	14
PSDB	5	5	16	11
PP	4	1	1	5
PSB	3	1	2	3

PR (PL/PRONA)	3	1	4	4
DEM (PFL)	2	6	13	6
PDT	2	1	6	4
PSOL	2	—	1	2
PTB	1	3	7	6
PC do B	1	1	1	2
PPS	1	1	—	1
PRB	1	—	2	1
PSC	1	—	1	1
PMN	1	—	—	1
PRTB	—	1	—	—
PV	—	—	1	—
parteilos	—	—	1	—

Quellen: <http://g1.globo.com/especiais/eleicoes-2010/noticia/2010/10/saiba-nova-composicao-do-senado.html>, <http://noticias.terra.com.br/eleicoes2006/interna/0,,OI1169151-EI6653,00.html> [22.12.2010]

Tabelle 6

Die Neuverteilung der 27 Gouverneursposten

Partei	Wahlen 2010 Anzahl Gouverneure	Wahlen 2006 Anzahl Gouverneure
PSDB	8	6
PMDB	5	7
PT	5	5
PSB	6	3
DEM (ehem. PFL)	2	1
PP	1	1
PMN	1	—
PTB	1	—
PPS	—	2
PDT	—	2

Quelle: <http://eleicoes.uol.com.br/2010/raio-x/2/governador/votacao-por-estado> [02.11.10].

VERPASSTE CHANCE

Für die Opposition wäre bei den Wahlen 2010 mehr möglich gewesen. Um gegen die Wahlkampfmaschinerie der Regierung erfolgreich antreten zu können, hätte sie sich allerdings deutlich früher auf einen Kandidaten einigen müssen. Serra verkündete seine Kandidatur erst im Frühjahr 2010. Zu diesem Zeitpunkt standen sowohl Rousseff als auch Marina Silva schon monatelang als Kandidaten fest. Vor allem im Nordosten Brasiliens hatte Serra aufgrund dieses späten Starts kaum noch eine Möglichkeit, größere Teile der Wählerschaft auf seine Seite zu ziehen. Aber auch andernorts, beispielsweise im Bundesstaat Rio de Janeiro, aus dem sein Vize Índio da Costa stammte, war Serra seiner Kontrahentin am Ende klar unterlegen.

Hinzu kam der Faktor „Lula“ und die positive Entwicklung Brasiliens in den vergangenen Jahren, die eine Wechselstimmung bei den Wahlen 2010 verhinderte. Verunsichert durch die enorme Popularität des Präsidenten, versuchte Serra mit Rousseff um die Rolle des besseren Lula-Erben zu konkurrieren – und scheiterte mit dieser Strategie. Denn wenn es vor allem darum ging, Lulas Politik fortzusetzen, warum sollte die Bevölkerung dann ihr Vertrauen in die Opposition anstatt in die von Lula persönlich empfohlene Kandidatin setzen? Diese wiederum wäre ohne ihren politischen Paten im Wahlkampf chancenlos gewesen. Nicht ihr galt die Mehrheit der Stimmen, sondern Lula.

Verunsichert durch die enorme Popularität des Präsidenten, versuchte Serra mit Rousseff um die Rolle des besseren Lula-Erben zu konkurrieren – und scheiterte mit dieser Strategie.

Aufgrund seiner fehlenden inhaltlichen Abgrenzung gegenüber dem Regierungslager versteifte sich Serra auf religiös-moralische Themen, mit denen er letztlich aber nur wenige zusätzliche Wähler mobilisieren konnte. Zudem verschreckte Serra teilweise seine eigene politische Klientel, die traditionelle Mittelklasse, mit haushaltspolitisch unvernünftigen Vorschlägen wie der Einführung eines 13. Bezugsmonats im Rahmen der *Bolsa Família* oder einer Anhebung der staatlichen Rente.

Seinen parteiinternen Rivalen Aécio Neves, den mit übertragender Mehrheit in den Senat gewählten ehemaligen Gouverneur von Minas Gerais, zur Unterstützung zu bewegen gelang Serra ebenfalls erst zu spät. Nach seinem herausragenden Wahlergebnis wird Neves nun mehr denn je zugetraut, im Zuge einer wohl notwendigen Neuaufstellung der PSDB ab 2011 eine Führungsrolle einzunehmen. Vor diesem Hintergrund kommt Neves die Niederlage Serra nicht einmal unangelegen.

Auch mit Marina Silva von der PV wird zukünftig zu rechnen sein. Ihre Ausgangsposition bei kommenden Wahlen dürfte nach ihrem hervorragenden Ergebnis 2010 noch aussichtsreicher sein. Sie hat großen Anteil daran, dass die Themen Umwelt und Klima in der brasilianischen Politik keine Fremdwörter mehr sind. Um von einer echten „grünen Welle“ in der brasilianischen Politik sprechen zu können, ist es wohl verfrüht. Bis zu den nächsten Wahlen 2014 werden sich diese Debatten aber mit großer Wahrscheinlichkeit verstärken. Denn 2012 steht in Rio de Janeiro der UN-Klimagipfel „Rio+20“ an, bei dem sich Brasilien als Gastgeberland profilieren will. Und auch die Fußballweltmeisterschaft 2014 und die Olympischen Spiele 2016 werden die Themen Umwelt und Nachhaltigkeit weiter oben auf der politischen Agenda platzieren.

Eine linke Radikalisierung der Politik Lulas, innen- wie außenpolitisch, scheint eher unwahrscheinlich, obwohl dies wegen Rousseffs dogmatischeren Charakters und ihrer Guerrilla-Vergangenheit des Öfteren vermutet wird.

Die neue Regierung um Präsidentin Rousseff wird sich jedoch auch anderen Herausforderungen stellen müssen. Unter Lula wurden Strukturreformen auf die lange Bank geschoben, beispielsweise im Bildungsreich sowie in Bezug auf die wachstumshemmende Bürokratie, auf mehr Wettbewerbsfähigkeit im Außenhandel und auf die Inflationsgefahr, die durch die massiven staatlichen Investitionen der letzten Jahre mit verursacht wurde. Eine linke Radikalisierung der Politik Lulas, innen- wie außenpolitisch, scheint eher unwahrscheinlich, obwohl dies wegen Rousseffs dogmatischeren Charakters und ihrer Guerrilla-Vergangenheit des Öfteren vermutet wird. Vorstellbar ist allerdings, dass ihre Regierung einige bereits unter Lula vollzogene Akzentuierungen noch etwas verstärken könnte, beispielsweise die zum Teil linksnationalen Positionen im Bereich der Außenpolitik –

schon allein aufgrund des wachsenden, ohnehin nicht gerade schwach ausgeprägten brasilianischen Selbstbewusstseins.

Um regieren zu können, benötigt die neue Präsidentin aber vor allem auch eine gehörige Portion des Moderations- und Verhandlungsgeschicks ihres politischen Ziehvaters. Durch seine ausgleichende Art gelang es Lula, das Konglomerat der zahlreichen, seine Regierung unterstützenden Fraktionen im Kongress bei der Stange zu halten, insbesondere die PMDB. Doch die hierfür notwendigen Qualitäten werden Rousseff aufgrund ihres dogmatischeren Charakters abgesprochen. Das könnte für sie zum Problem werden. Denn Lulas politischer Erfolg wäre ohne seinen Pragmatismus nicht möglich gewesen. So tat er beispielsweise gut daran, den eher liberalen wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs seines Vorgängers auch gegen die Widerstände in der eigenen Partei beizubehalten. Nur auf Grundlage der brummenden Wirtschaft hatte Lula den Handlungsspielraum, Sozialprogramme auszubauen und die riesigen Wachstumsprogramme auf den Weg zu bringen. Allerdings ist dieser zum Teil auf Pump finanzierte Aufschwung kein Selbstläufer. Bald schon könnte irgendwo eine Blase platzen und die momentan überdeckten Mängel kämen wieder zum Vorschein. Auf die – aus brasilianischer Sicht – besseren Zeiten der letzten Jahre folgen irgendwann auch wieder schlechtere. Dann wird das Land den Beweis für seine Zukunftsfähigkeit antreten müssen.

Das Manuskript wurde am 7. November 2010 fertiggestellt.